

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11037

"Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/2018 umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11037 vom 19.04.2016
2. Beschluss des Plenums 17/11145 vom 20.04.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/2018 umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, jeder Schülerin und jedem Schüler ab dem Schuljahr 2017/2018 einen neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium zu ermöglichen.

Hierzu soll dem Landtag bis zur Sommerpause 2016 ein Fahrplan vorgelegt werden, der aufzeigt, in welchen Schritten dieses Ziel erreicht werden soll.

Begründung:

Im Juli 2014 fand das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER „Ja zur Wahlfreiheit zwischen G9 und G8!“ statt. Ein wesentliches Ziel dabei war, dass alle Kinder und Jugendlichen die Zeit zum Lernen und Leben erhalten, die sie benötigen. Fast zeitgleich zum Volksbegehren führte der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, einen strukturierten Dialogprozess durch, um mit Vertreterinnen und Vertretern der gymnasialen Schulfamilie, der Sachaufwandsträger, der Politik und weiteren

gesellschaftlichen Gruppen und Medien die Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums auszuloten. Im Rahmen dieses Prozesses wurden zudem Werkstattgespräche zur gymnasialen Bildung, dem Lehrplan und pädagogischen Grundsatzfragen sowie organisatorischen und strukturellen Fragen durchgeführt. Am Ende dieses Dialogprozesses setzte die Staatsregierung von oben herab und ohne Entscheidung des Landtags die „Mittelstufe Plus“ aufs Gleis, die seit dem Schuljahr 2015/2016 an 47 Pilotenschulen umgesetzt wird.

Die derzeit prognostizierten Anmeldezahlen für die Mittelstufe Plus im Schuljahr 2016/2017 zeigen einen klaren Trend in Richtung des neunjährigen Bildungsgangs am Gymnasium. Dass der Modellversuch „Mittelstufe Plus“ erfolgreich abschließen wird, zeigt sich schon allein durch die Tatsache, dass gegenüber 60 Prozent im Vorjahr nun wahrscheinlich an die 70 Prozent der Eltern und Schülerinnen und Schüler sich für einen neunjährigen Bildungsgang an den Pilotenschulen entscheiden werden.

Deshalb muss die Staatsregierung jetzt bis zur Sommerpause 2016 einen Zeitplan vorstellen, wie sie plant zum Schuljahr 2017/2018, den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium in ganz Bayern zu implementieren. Dass Ministerpräsident Horst Seehofer in mehreren bayerischen Zeitungen zitiert wird, dass zur Causa acht- und neunjähriges Gymnasium „noch kein einziges Gespräch inhaltlich geführt“ worden sei, ist nicht hinnehmbar mit Blick auf die zehnjährige Debatte um das G8 und den erst oben erwähnten und im Sommer 2015 durchgeführten Dialogprozess des Kultusministers. Die vom Ministerpräsidenten formulierte „Verlässlichkeit in der Bildungspolitik“ muss sich endlich in Taten widerspiegeln. Eltern und Schülerinnen und Schüler erwarten ein transparentes Verfahren und keine erneute Hängepartie der Staatsregierung, die aus wahlaktischen Motiven notwendige Entscheidungen bewusst verzögert.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/11037

Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/2018 umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Eva Gottstein

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/18 umsetzen (Drs. 17/11037)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
G9 jetzt! (Drs. 17/11040)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
G8 plus/G9 minus: Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirats
"Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums" (Drs. 17/11042)

Erster Redner ist Professor Piazolo. Bitte schön, Herr Professor Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie alle kennen wahrscheinlich die Geschichte von Dornröschen. Dornröschen wurde mit einer Spindel gestochen und ist dann mit dem gesamten Hofstaat für hundert Jahre in den Schlaf gefallen. Die CSU ist vor zwölf Jahren nicht mit einer Spindel, sondern durch Herrn Stoiber mit dem G 8 gestochen worden und dann in einen zwölfjährigen Schlaf gefallen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Außer dem Versuch eines Flexijahres, der gescheitert ist – das muss man sagen, Herr Minister –, ist wenig passiert. Sie sind von dem, was Sie damals in einer kurzen Zeit angerichtet haben, geschockt gewesen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wir haben eine Wahl verloren!)

– Ja, Sie haben die Wahl auch wegen dieses Themas verloren. Sie waren vorher im Schlaf, Herr Ministerpräsident. Wir FREIE WÄHLER haben ein Volksbegehren zur Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 gestartet.

(Zurufe von der CSU: Das ist gescheitert!)

Damit haben wir Sie wachgeküsst, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Gescheitert!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, ich erinnere mich daran, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat: Wir wollen beim Gymnasium Ruhe, Ruhe wollen wir. Das stand wörtlich in der Regierungserklärung. Normalerweise tun Sie auch immer das, was der Ministerpräsident von Ihnen will – nicht immer, wie zum Beispiel bei der dritten Startbahn, aber sonst schon.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Immer!)

Vor Schreck über das Volksbegehren haben Sie die Mittelstufe Plus erfunden. Das muss man einmal ehrlich sagen: Ohne das Volksbegehren gäbe es die Mittelstufe Plus nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich persönlich finde die Mittelstufe Plus suboptimal. Was ist aber die Konsequenz dieser Mittelstufe Plus? Das muss man betonen. Die Eltern haben in den letzten zwei Jahren mit den Füßen abgestimmt. Mehr als zwei Drittel der Eltern wollen ein neunjäh-

riges Gymnasium, einen neunjährigen Bildungsgang, und wir FREIE WÄHLER werden uns dafür aktiv und intensiv einsetzen. Wir haben es in den letzten zwei Jahren getan, und wir werden es so lange tun, bis wir es durchgesetzt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Von diesen Zahlen sind wir übrigens exakt ausgegangen. Landein, landaus sind alle unsere Kolleginnen und Kollegen an die Schulen gegangen. Wir haben Informationen gegeben. Überall, übrigens auch in Baden-Württemberg und in Hessen, geht man von diesen Zahlen aus. Mindestens 60 % der Menschen wünschen sich ein neunjähriges Gymnasium.

Unser Volksbegehren hieß: "Mehr Zeit zum Lernen – Mehr Zeit zum Leben!" Genau das fordern wir auch heute mit unserem Antrag. Wir stehen für den Bürgerwillen, und deshalb machen wir jetzt Druck. Ich sehe nämlich bei der CSU das Risiko einer Narkolepsie. Narkolepsie ist die sogenannte Schlummersucht, die kollektive Regierungsunlust. Herr Ministerpräsident, Sie haben vor ein paar Tagen gesagt, Sie ließen sich Zeit, sie hätten noch keine Gespräche geführt. Da muss ich Ihnen widersprechen. Die Tickermeldung, die gerade über "dpa" läuft, lautet schon etwas anders. Da heißt es jetzt plötzlich, sie wollen nahtlos anknüpfen und 2017 etwas bieten. Ich glaube, unser Dringlichkeitsantrag hat schon wieder etwas bewirkt. Wir FREIEN WÄHLER treiben, und das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Satz, Sie hätten keine Gespräche geführt, stimmt auch nicht. Während des Volksbegehrens wurden bis zum Abwinken Gespräche geführt. Herr Spaenle war unterwegs. Er hat die Dialogforen mit erfunden. Es gab ein erstes Dialogforum, es gab ein zweites Dialogforum, es wurden alle Verbände befragt. Mir geht es jedenfalls so: Wenn Sie mich nachts um 2.00 Uhr wecken, kann ich Ihnen die Position von jedem Lehrerverband und jedem Elternverband nennen. Das Einzige, was ich nicht kenne, ist

Ihre Position, Herr Spaenle. Sie können mich jede Stunde in der Nacht wecken: Ich kenne Ihre Position nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was ist unsere Forderung? – Die Forderung der FREIEN WÄHLER im Dringlichkeitsantrag ist klar und logisch. Sie entspricht dem Bürgerwillen. Wir erheben vier Forderungen, die ich Ihnen nenne:

Erstens. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass jedem Schüler, der es möchte, ein neunjähriger Gymnasialzug möglichst bald ermöglicht wird.

Zweitens. Wir FREIE WÄHLER wollen auch volle neun Jahre am Gymnasium und nicht drei oder vier Jahre an der Mittelstufe. Wir wollen durchgängig mehr Zeit zum Lernen haben. Wir wollen nicht am Anfang powern, es dann die nächsten vier Jahre etwas lockerer angehen und dann in der Oberstufe wieder powern. Auch da sagen wir ganz klar: Der neunjährige Zug soll ein echter neunjähriger Zug sein und nicht die etwas kastrierte Form der Mittelstufe Plus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Drittens. Wir halten es für notwendig, jetzt einen Fahrplan zu entwickeln. Sie haben angedeutet, dass Sie bis 2017 vorangehen wollen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie einen Fahrplan dafür entwickeln, wie Sie den neunjährigen Bildungsgang in Bayern einrichten.

Viertens. Deshalb wollen wir von Ihnen schnell klare Aussagen – das wollen auch die Bürger –, ob es eine Gesetzesänderung gibt oder nicht. Ich glaube, Sie brauchen eine Gesetzesänderung, wenn Sie ein neunjähriges Gymnasium einführen wollen. Welche Schulen sollen teilnehmen? Alle oder nur einzelne? Wollen Sie eine Wahlfreiheit, oder wollen Sie keine Wahlfreiheit? Wollen Sie die Wahlfreiheit an jeder Schule, oder wollen Sie es den Schulen überlassen? Welche Lehrpläne wollen Sie einsetzen? Wird es mehr Lehrerstellen geben? Ist das Modell ein neunjähriges oder ein achtjähriges?

Dann brauchen wir auch einen Zeitplan. Das sind die Hausaufgaben, die Sie schnell erledigen sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu den zwei Anträgen der SPD und der GRÜNEN: Zunächst zu den GRÜNEN. Wissenschaftlern gegenüber habe ich eine gewisse Aufgeschlossenheit. Irgendwann einmal aber ist genug geredet. Natürlich könnte man einen wissenschaftlichen Beirat einrichten, sich Zeit nehmen und die Vorhaben unterfüttern. Die Menschen in diesem Land, die Eltern wollen, dass jetzt gehandelt wird. Das haben wir auch beim Volksbegehren erlebt. Sie wollen nicht, dass wir noch einmal Wissenschaftler hören. Deswegen sind wir gegenüber dem Antrag der GRÜNEN kritisch.

Beim SPD-Antrag sehe ich einen gewissen Widerspruch zwischen dem Antrag und der Begründung. Vielleicht ist er aber auch nur missverständlich. Nach meiner Auffassung wollen Sie jetzt, schon im nächsten Schuljahr, flächendeckend ein neunjähriges Gymnasium einführen. Da weiß ich, dass das rechtlich nicht möglich ist. Wenn Sie von der SPD die Mittelstufe Plus flächendeckend einführen wollen, dann halte ich das nicht für zielführend, da Sie dieses Modell im Grunde ablehnen. Im Moment ist die Situation tatsächlich schwierig, weil die Anmeldungen gelaufen sind. Es ist auch rechtlich schwierig. Aber ich höre gern zu. Wir werden dann entscheiden, wie wir weiter verfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU-Fraktion und von der Staatsregierung, Herr Seehofer hat neulich eine neue Regierungsoffensive – er sprach von "Themenoffensive" – angekündigt. Alle Minister sollen Themen sammeln, die in den nächsten zwei Jahren behandelt werden können.

Ich sage Ihnen: Arbeiten Sie zunächst einmal die Themen ab, die noch offen sind! Lesen Sie noch einmal Ihre Regierungserklärung! Sie werden feststellen, dass davon noch viele Punkte offen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich erinnere an die Maut. Das ist kein spezifisch bayerisches Thema, aber Sie haben mit der Maut Ihren Wahlkampf bestritten. Das Thema ist immer noch offen. Gleichermaßen gilt für die dritte Startbahn und die zweite Stammstrecke. All das steht in der Regierungserklärung. Räumen Sie die Themen endlich ab! Warum wollen Sie neue Themen eröffnen, wenn Sie die alten noch nicht abgearbeitet haben?

Zu den offenen Themen gehört auch das neunjährige Gymnasium. Ich fordere Sie, liebe Kollegen von der CSU, auf, sich – um in der Bildungssprache zu bleiben – auf Ihren Hosenboden zu setzen. Machen Sie es! Es ist die Aufgabe der Stunde, das neunjährige Gymnasium flächendeckend in Bayern voranzubringen. Tun Sie es! Warten Sie nicht! Reden Sie nicht! Handeln Sie!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Güll das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Argumenten, die Kollege Professor Piazzolo vorgetragen hat, kann ich zustimmen. Ich glaube, man braucht sie nicht zu wiederholen.

Wir müssen uns aber den Status quo vergegenwärtigen: 47 von rund 420 Gymnasien können den neunjährigen Weg zum Abitur bereits erproben. Diese Gymnasien haben bereits eine Entscheidung getroffen. Die Möglichkeit nutzen einige Tausend Schüler. Das ist, bezogen auf ganz Bayern, nicht viel, aber immerhin.

Vor ein paar Tagen sind wieder Entscheidungen getroffen worden. Im Schnitt zwei Drittel der Schüler, die die Möglichkeit hatten, haben sich für die Mittelstufe Plus ausgesprochen; im vergangenen Schuljahr waren es 90 %. Diese Schüler – und ihre Eltern – wollen eine Entspannung, eine Entschleunigung des Gymnasiums. Die hohen

Anmeldezahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Wenn man den Eltern die Wahlmöglichkeit einräumt, dann entscheiden sich die meisten offensichtlich für das neunjährige Gymnasium. Das ist Fakt. Das kann man an den Anmeldezahlen der 47 Pilotenschulen sehen. Das ist mehr als nur ein Denkzettel für diejenigen, die geglaubt haben, nur 25 % würden sich für die Mittelstufe Plus entscheiden. Mit dieser Annahme sind Sie von der CSU-Fraktion in die Pilotphase gegangen.

Jetzt liegt doch ein logischer Schluss nahe: Was glauben Sie denn, welche Wünsche die Eltern der Schüler an den anderen Schulen haben? Ist es denn nicht naheliegend, dass sie sich ebenso entscheiden würden? – Ja, wahrscheinlich auch in der Größenordnung von zwei Dritteln.

Zusammenfassend kann ich feststellen: Die Eltern haben über diese Frage entschieden. Sie wollen für ihre Kinder das neunjährige Gymnasium. Das ist für mich klar.

Herr Minister, ich meine, zwischen den Zeilen gehört und gelesen zu haben, dass auch Sie bereits eine entsprechende politische Entscheidung getroffen haben. Laut "Süddeutscher Zeitung" haben Sie vor Kurzem gesagt, Sie könnten sich vorstellen, dass ab dem Schuljahr 2017/2018 – das ist das übernächste Schuljahr – die Gymnasien und die Eltern in dieser Frage frei entscheiden können.

Als Argument gegen unsere Forderung bzw. als Grund für deren Nichtumsetzbarkeit führen Sie immer ins Feld, dass die Pilotphase abgewartet werden solle. Ich darf daran erinnern, dass Sie die Pilotphase erst ein Jahr werden beobachten haben können, wenn Sie sich im Juli oder im Herbst, egal wann, entsprechend entscheiden. Wenn man Ihrer Argumentation folgt, müssten wir viel länger, nämlich mindestens vier Jahre, warten, um feststellen zu können, wie sich das Plus-Jahr ausgewirkt hat. Heuer im Herbst werden Sie diese Beobachtungszeit noch nicht erreicht haben.

Daraus folgt, dass Sie rein politisch entscheiden werden. Diese Entscheidung – das betone ich, bevor ich unseren Antrag erläutere – wird sich an dem Votum der Eltern, das wohl mit dem der meisten Bürgerinnen und Bürger übereinstimmt, orientieren.

Aus den genannten Gründen komme ich zu dem Ergebnis, dass wir die Pilotphase nicht abzuwarten brauchen. Wenn es um die Frage des neunjährigen Gymnasiums geht, dann wissen wir, wie die Eltern abstimmen. Lassen Sie uns sofort beginnen, ein Gymnasium mit neun Jahren zu denken, zu entwickeln und zu erproben. Dazu ist es notwendig, dass wir uns entsprechende Modelle genau anschauen. Lieber Kollege Gehring von der Fraktion der GRÜNEN, auf diesem Weg nehmen wir die Wissenschaftler mit Ihrer Expertise gern mit. Wir brauchen jeden, der uns sagt, wie es gehen könnte bzw. wie es nicht gehen sollte.

Offensichtlich will auch die CSU-Fraktion nicht abwarten, bis der Pilotversuch in dem Sinne abgeschlossen ist, dass gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, sondern auch die CSU-Fraktion will politisch entscheiden.

Gegenwärtig herrscht, was diese Frage angeht, eine Ungleichheit in Bayern: Die einen dürfen sich für das neunjährige Gymnasium entscheiden, die anderen müssen warten – wie lange auch immer, mindestens bis 2017 –, ohne dass wir bis dahin neue Erkenntnisse haben werden.

Ich sage Ihnen: Wir können den Eltern schon heute den Einstieg in das neunjährige Gymnasium ermöglichen – es muss nicht sein –, indem wir heute, am 20. April 2016, an die Schulen die Botschaft senden: Ihr könnt die Eltern fragen. Wenn sie wollen und ihr die Möglichkeiten habt, könnt ihr schon heute unter Nutzung des Modells, das an den 47 Pilotenschulen zur Anwendung kommt, in den neunjährigen Bildungsgang einsteigen. Dies kann aber nicht geschehen, wenn nicht gleichzeitig – das ist sehr wichtig – damit begonnen wird, den Weg zum echten neunjährigen Gymnasium zu Ende zu denken und ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Die Ermöglichung des Einstiegs, die wir in unserem Dringlichkeitsantrag fordern, würde das politische Signal an die Eltern senden: Ihr werdet nicht abgehängt. Ihr könnt den neunjährigen Weg zeitnah – wenn es irgendwie möglich ist, bereits ab September – wählen.

Warum wäre das möglich? – Die organisatorische Umsetzung des Einstiegs in den neunjährigen Bildungsgang muss ohnehin jede Schule für sich vollziehen. Insofern ist es egal, ob sich 10, 100 oder 200 Schulen für das Modell entscheiden. Jede Schule muss die organisatorische Aufgabe selbst bewältigen.

Ich darf daran erinnern, dass die FREIEN WÄHLER noch im Juli vergangenen Jahres die abgelehnten Schulen dazuholen wollten, da das kein Problem sei. Das Argument lautete, wenn eine Schule wolle und sich anstrenge, reiche die kurze Frist bis September aus, um an den Start zu gehen. Auch ich glaube, dass das machbar ist. Deshalb sollten wir die Ermöglichung aussprechen.

Wir müssen aber klar sehen, welche Konsequenzen diese Entscheidung hat. Der Einstieg ist auch deshalb relativ zügig möglich, weil die Folgen in Bezug auf die Finanzen, die Lehrer und die Raumsituation noch überschaubar sind. Die Konsequenzen für die weitere Zukunft müssen aber bedacht werden. Ich betone, wir müssen jetzt mit den Überlegungen zu der Frage beginnen, wie wir das neunjährige Gymnasium aufstellen wollen.

Wir haben immer gesagt, dass vermutlich 75 bis 80 % der Schülerinnen und Schüler – nicht die Eltern gehen in die Schule – eine längere Bildungszeit brauchen. Die Eltern haben es uns bestätigt. Dem muss das Konzept, das wir entwickeln, entsprechen. Über die Details müssen wir reden. Verschiedene Formen sind möglich, zum Beispiel die flexible Oberstufe. Für die 20 bis 25 % leistungsstarken Schüler müssen wir die Überholspur einziehen. Diese Schüler können noch die Möglichkeit des G 8 nutzen. In Zukunft könnten sie die Sprintmöglichkeit, das heißt, die Überholspur wählen.

Klar ist, Bayern darf insoweit keinen Sonderweg gehen. Ich bin – wie Sie – in anderen Bundesländern unterwegs. Alle lächeln über den Weg, der hier bisher gegangen worden ist; sie wundern sich zumindest. Es gibt nirgendwo in den anderen Bundesländern eine "gedehnte Mittelstufe".

(Reserl Sem (CSU): Dennoch haben die Kinder bei uns die besten Perspektiven!)

– Liebe Frau Kollegin, erst einmal zuhören! – Solche Ideen, gepaart mit der ungelösten Frage, wann die Schülerinnen und Schüler ihren mittleren Bildungsabschluss bekommen, brauchen wir nicht. Sie wissen genau, dass die Schüler nach dem CSU-Modell den mittleren Abschluss erst nach der 11. Klasse bekommen. Das ist bundesweit einmalig. Wir reden alle davon, dass die Möglichkeit bestehen muss, innerhalb der Bundesländer zu wählen.

Das bayerische Modell der Mittelstufe Plus ist nicht zukunftsfähig. Deswegen steht auch in unserer Begründung, dass wir von der Mittelstufe Plus nichts halten. Das haben wir auch immer gesagt. Stattdessen wollen wir ein neu konzipiertes neunjähriges Gymnasium mit verlässlichen Unter- und Mittelstufenzeiten, damit alle den mittleren Schulabschluss nach der zehnten Klasse erreichen können. Wir wollen eine überarbeitete Oberstufe, damit sie sowohl schnell als auch langsam durchlaufen werden kann. Sie sollte jedoch alle Schülerinnen und Schüler zum Ziel führen. Wir wollen eine Überprüfung der Stundentafel und der Fächer. Außerdem wollen wir eine Überprüfung des Lehrplaninhalts. Außerdem sollten Vernetzungen in Erwägung gezogen werden. – All das ist bis jetzt nicht geschehen. Das muss jetzt angepackt werden. Innerhalb von ein bis zwei Jahren ist es möglich, ein vernünftiges und solides Konzept zu erarbeiten. Die Schulen können jedoch bereits jetzt einsteigen, genauso wie die 47 Schulen, die ohne ein vorliegendes Konzept eingestiegen sind. Wir sollten mit gleichen Maßstäben messen und den Eltern die Möglichkeiten eröffnen.

Beim Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir uns der Stimme enthalten, weil den Schülern bereits ab dem nächsten Schuljahr ein neunjähriger Bildungsgang am Gymnasium ermöglicht werden soll. Da wir inhaltlich jedoch nah beieinanderliegen, werden wir uns der Stimme enthalten.

Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden wir ablehnen, weil wir den wissenschaftlichen Beirat nicht für das richtige Instrument halten. Über das sogenannte ISB, das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, haben wir bereits jetzt eine Evaluierungsmöglichkeit. Das wird zunächst reichen. Ich habe ausge-

führt, warum ich glaube, dass wir ohnehin nicht viel evaluieren müssen. Ich halte jedoch sehr viel davon, alle Praktiker, Wissenschaftler, Verbände und alle, die etwas dazu beitragen können, wie Schüler und Eltern, in den Dialogprozess einzubinden, damit wir ein vernünftiges Konzept erarbeiten, das wir mit einem Gesetzentwurf bis zum Sommer untermauern können. Wir müssen endlich Ruhe an der gymnasialen Front bekommen. Wir brauchen ein Modell, das sich die nächsten 10 bis 20 Jahre hält, damit wir nicht wieder von vorne anfangen müssen. Was wir derzeit machen, ist ein Gemurkse. Das kann so nicht bleiben. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Bevor ich mit den Wortmeldungen fortfahre, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion für den Antrag der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist gut! Das können wir brauchen!)

Jetzt hat Herr Kollege Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor 13 Jahren hat Edmund Stoiber zunächst eine Zahl genannt. Dann hat er das achtjährige Gymnasium eingeführt. Schließlich hat man angefangen, über das Konzept nachzudenken. Mit den Folgen dieser Politik haben wir heute noch zu tun. Mein Eindruck ist: Alle machen wieder denselben Fehler. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann es nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach der einjährigen Pilotphase der Mittelstufe Plus ist das eingetreten, was ich prognostiziert habe. Wer ein Ventil aufmacht, um an den Gymnasien Druck abzulassen, muss sich nicht wundern, wenn Eltern und Schüler dieses Ventil nutzen. Das haben

sie an 47 Standorten getan. In der Unterstufe herrscht Druck. Die Eltern entscheiden sich dafür, diesen Weg nicht weiterzugehen. Sie sagen: Lasst uns einen anderen Weg gehen; wir wählen die Mittelstufe Plus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Mittelstufe Plus ist das schlechteste Modell, um eine Schulzeitverlängerung zu organisieren. Sie ist organisatorisch nicht durchführbar und schafft Doppelstrukturen. Sie ist vor allem an kleineren Schulen nicht machbar. Die Mittelstufe Plus kostet Räume und Geld. Das Urteil der Schulleiter als Praktiker für die Schulorganisation ist eindeutig. Es ist ein vernichtendes Nein zu dieser Mittelstufe Plus. Sie haben gesagt: Das funktioniert nicht, das führen wir nicht mehr weiter. Dieses Urteil haben wir auch vorausgesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Mittelstufe Plus handelt es sich nicht um eine pädagogische Reform der Mittelstufe, obwohl diese notwendig wäre. Die Mittelstufe wird nur gestreckt. Die Probleme und der Druck in der Unterstufe bleiben bestehen. Deswegen wird das Ventil genutzt. Außerdem passt die Mittelstufe Plus nicht in das Gefüge der Schullandschaft in Bayern. Ich frage mich, was ein mittlerer Abschluss nach der elften Klasse soll. Was sollen die Realschulen denken? Brauchen die Schülerinnen und Schüler dort auch ein Jahr länger, um einen mittleren Abschluss zu erreichen? Wie sollen die Übergänge zwischen den Schularten gestaltet werden? – Das bayerische Schulsystem wird damit versäult, anstatt mehr Durchlässigkeit zu schaffen. Mit uns und mit gesundem Menschenverstand geht das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Letztendlich feiert auch die alte Halbtagschule ihre Rückkehr. Kann es das sein? Ist das Gymnasium der Zukunft? – Nein.

Außerdem muss hinterfragt werden, wie repräsentativ die Ergebnisse sind. Rund 60 bis 70 % der Eltern haben sich für die Mittelstufe Plus entschieden. Jetzt kommt der Druck. Meine politisch begründete Sorge ist, dass wir einen Minister ohne Plan haben. Wenn der Ministerpräsident den Druck spürt, stolpern wir irgendwie in ein landesweites Mittelstufe-Plus-Bayern hinein. Das Konzept will keiner, und es ist nicht durchführbar. Es führt weder zur Ruhe an der Schulfront noch zur Reform des Gymnasiums. Die Einführung der Mittelstufe Plus gilt es zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU-Fraktion und die Staatsregierung sind eine Weile in den Diskurs eingetreten, um diesen letztendlich mit der Mittelstufe Plus abzubrechen in der Hoffnung, dass Ruhe einkehrt. Die Ruhe ist jedoch nicht da. Jetzt besteht die Gefahr, dass hopplahopp etwas gemacht wird, was nicht nachhaltig ist, nicht funktioniert, nicht umsetzbar ist und die Probleme an den bayerischen Gymnasien nicht löst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, ihr habt das Kultusministerium mit eurem Antrag aufgefordert, bis zu den Sommerferien schnell einen Plan zu entwickeln, der nachhaltig ist. Die vier Schlüsselwörter – nachhaltig, schnell, Plan, Staatsregierung – widersprechen sich selbst. Das kann nicht funktionieren.

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ein schnelles G 9 klingt gut. Wir sollten jedoch noch einmal nachdenken, bevor wir handeln, auch wenn das vielleicht nicht populär ist. In der Regel schadet Nachdenken jedoch nicht. Das Problem der CSU-Fraktion besteht darin, dass Sie nicht nachdenken und nicht handeln. Wenn Sie handeln, handeln Sie, ohne nachzudenken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies gilt es zu verhindern. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag eine Neuaufsetzung des Diskurses über das Gymnasium, der abgebrochen worden ist. Dieser Diskurs sollte wissenschaftlich und unabhängig begleitet werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das gibt es nicht!)

Wir sollten die Verbände ins Boot holen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der FREIEN WÄHLER, lieber Herr Kollege Piazolo, du hast die Frage gestellt, wie das G 8 und das G 9 aussehen sollen. Wie es aussehen soll, müssen schon wir sagen. Wir GRÜNE sagen ganz klar, welche Kriterien notwendig sind. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Schülerinnen und Schüler mehr Zeit zum Lernen benötigen. Wir wissen, dass dieses Schulmodell praktikabel sein muss. Es muss an großen und kleinen Schulen funktionieren und in die Schullandschaft passen. Außerdem müssen die Abschlüsse und die Übergänge übereinstimmen. Das Gymnasium muss sich pädagogisch verbessern. Das alte G 9 soll es nicht mehr sein, da es dort schon viel Druck gegeben hat. Das Gymnasium muss pädagogisch werden. Aus dem Gymnasium muss Druck herausgenommen werden. Diese entscheidende Voraussetzung müssen wir schaffen.

Wir brauchen eine Reform der Unterstufe. Dort haben wir schon heute Druck. Wir brauchen eine Reform der Mittelstufe, nicht die Streckung der Mittelstufe. Außerdem brauchen wir eine Reform der Oberstufe mit mehr Möglichkeiten zur Vertiefung und mehr Kursangeboten. Wir brauchen intelligente Lösungen für die individuelle Lernzeit der Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen intelligente Lösungen für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die diese Schule schneller absolvieren wollen als die anderen.

Wir haben die Kriterien benannt. Jetzt geht es darum zu diskutieren, was die richtige Organisationsform für dieses Gymnasium der Zukunft ist. Wenn wir schnell in den Diskurs kommen und die Staatsregierung nicht vorab und holterdiepolter eine Entscheidung trifft, bin ich davon überzeugt, dass wir erfolgreich sein werden und dass es uns gelingt, dieses Thema aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten. Ich bin sicher, dass wir dann ein Gymnasium aufstellen werden, das eine Zukunft hat. Einen zweiten Flop à la Stoiber können wir uns nicht mehr leisten.

Deswegen bitte ich Sie, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Er ist zwar nicht richtig populär, aber manchmal ist ein bisschen Nachdenken auch nicht schlecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Professor Dr. Waschler das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich den Vertretern der Opposition bezüglich der drei Dringlichkeitsanträge sagen: Keine Angst! Wir können darüber streiten, ob diese Dringlichkeitsanträge wirklich so dringlich sind. Ich kann allerdings schon jetzt feststellen: Die Opposition verliert keine Zeit. Sie müssten nur manchmal genauer hinhören, dann könnten Sie sich einiges an Zeit ersparen.

Herr Kollege Professor Dr. Piazolo, eine Anmerkung am Rande: Ein Politiker muss immer ankündigen, wenn ein kleiner Scherz kommt. Deshalb sage ich: Bitte drohen Sie nie damit, dass man von Ihnen in irgendeiner Form geküsst wird, auch dann nicht, wenn Sie das Bild vom Dornröschen und vom Wachküssen verwenden. Das ruft grauenhafte Vorstellungen hervor.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sobald die Heiterkeit abgeklungen ist, möchte ich einiges zur Sache sagen. Die vorliegenden Dringlichkeitsanträge sind sehr interessant zu lesen. Ich bitte, hier die normative Kraft des Faktischen zu sehen. Im Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER steht geschrieben, dass jeder Schülerin und jedem Schüler der neunjährige Bildungsgang am Gymnasium ermöglicht werden solle. Ich habe mir gedacht: Das kann doch nicht sein. Jedem?! Wollen Sie eine Gemeinschaftsschule? Wollen Sie ein Gesamtgymnasium? Wollen Sie einen neuen Schultyp? Wollen Sie eine 100-prozentige Übertrittsquote erreichen, oder wie ist das gemeint? –

Diese Vorstellung würde zwar dem einen oder anderen Lehrer entgegenkommen, ist aber doch blander Unsinn.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Flucht in die Satire, weil er keine Themen hat!)

– Herr Kollege Aiwanger, Sie als Fraktionsvorsitzender sind natürlich massiv betroffen, wenn ein solcher Dringlichkeitsantrag gestellt wird, bei dem schon der erste Satz Unbehagen erregt. Das kann doch nicht das Profil der FREIEN WÄHLER sein. Oder stimmt das, was die Demoskopen sagen, dass Ihre Bildungskompetenz annähernd gegen Null tendiert?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei der CSU!)

Das sind objektive Meinungsumfragen, die man zur Kenntnis nehmen muss. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, unabhängig von der Interpretation ist festzustellen, dass wir den Modellversuch zur Mittelstufe Plus auf zwei Jahre angelegt haben.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die Pilotphase! Das ist kein Modellversuch!)

– Richtig, die Pilotphase. – Dieser Modellversuch ist jetzt ein paar Wochen über das erste Halbjahr hinweg gediehen. Ich stelle fest, dass die Ergebnisse dieses zweijährigen Pilotprojekts in aller Ruhe und gründlich geprüft werden müssen. Sie müssen bewertet werden. Möglicherweise kann aus diesen Ergebnissen ein Konzept für ein dauerhaftes Gymnasium entwickelt werden, das der Vielfalt der Bildungslandschaft in Bayern, in den Großstädten, in den ländlichen Räumen, in kleinen und in größeren Gymnasien gerecht wird.

Herr Kollege Güll, deshalb ist es ein bisschen verwunderlich, wenn jetzt, wo gerade ein Viertel der Zeit dieses Pilotversuchs vorbei ist, behauptet wird, dass die Entscheidung bereits getroffen sei. Noch wissen wir nicht, wie es in der großen Fläche Bayerns an den Schulen aussieht. Wir müssen uns im Detail ansehen, wo die Organisation

funktioniert und wo nicht. Sie können nicht jetzt schon hellseherisch sagen, dass sich diese Pilotphase bereits bestens bewährt habe. Wir müssen uns genau ansehen, wie sich die Dinge entwickeln. Wir lernen schließlich auch bei der Entwicklung des Modellversuchs.

Herr Kollege Güll, die Kollegen der Opposition haben Ihnen schon gesagt, dass der Dringlichkeitsantrag der SPD nicht der große Hit ist. Er ist rekordverdächtig, aber im negativen Sinne, nämlich hinsichtlich der Geschwindigkeit der Umsetzung. Dass wir diesem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen können, ist Ihnen wohl schon klar.

Damit komme ich zu den GRÜNEN. Lieber Herr Kollege Gehring, Sie haben schon gemerkt, dass Ihr Dringlichkeitsantrag bei den Oppositionskollegen nicht die große Zustimmung gefunden hat. Ich habe zwar nicht mitgestoppt, aber in 90 % Ihrer Rede haben Sie über alles Mögliche gesprochen, nur nicht über den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, in dem es um den wissenschaftlichen Beirat geht. Ich habe mich gewundert, dass die GRÜNEN hier zum ersten Mal die Fachkompetenz des ISB bezweifeln und auch die handelnden Lehrer an den Versuchsschulen nicht hochhalten. Die GRÜNEN, die immer Geschwindigkeit einfordern, wollen das System vielmehr im wahrsten Sinne des Wortes entschleunigen. Das können wir nur zur Kenntnis nehmen. Eine Zustimmung wird auch zu diesem Dringlichkeitsantrag nicht erfolgen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir bei Modellversuchen mit großer Ernsthaftigkeit beobachten sollten, was an den betreffenden Schulen geschieht. Wir haben jetzt Modellschulen; das ist richtig. An einigen Schulen liegt die Zustimmung zur Mittelstufe Plus bei zwei Dritteln der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen dieses Modell ausprobieren. Das ist aber noch keine Garantie dafür, dass es auf der gesamten Fläche Bayerns umgesetzt werden kann. Möglicherweise ist es erfolgreich. Eindeutig gesichert ist dieser Erfolg aber in keinem Fall.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie haben den Blick auf andere Bundesländer gerichtet und gesagt, dass dort eine große Zufriedenheit bestehe. Meine Damen und

Herren von der Opposition, wo leben Sie denn eigentlich? Die Menschen in diesen Ländern sagen: Wären wir doch in Bayern, hätten wir doch die bayerische Bildungslandschaft! Dann hätten unsere Schülerinnen und Schüler die besten Zukunftschancen.

Wir sollten uns also bemühen, um das Beste zu ringen. Diese Botschaft will die CSU-Fraktion an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition senden. Wir sollten ohne Hektik eine richtige und in die Zukunft gerichtete Entscheidung treffen. Wir sollten die organisatorischen und pädagogischen Erfahrungen, die dieser Modellversuch bringt, sammeln und die Ergebnisse der Evaluation unvoreingenommen auf uns zukommen lassen. Dann werden wir auch im Hinblick auf das hohe Qualitätsniveau des bayerischen Gymnasiums die richtigen Entscheidungen treffen.

Ich wehre mich entschieden dagegen, Vorwegannahmen mit einer ideologischen Prägung aufzustellen. Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit der Mittelstufe Plus und der sogenannten Besonderen Prüfung, die nach der 10. Jahrgangsstufe abgelegt werden kann, schon jetzt ein Instrument. Die Möglichkeit, bereits nach zehn Jahren die Mittlere Reife zu erwerben, ist kein Argument, das gegen die Mittelstufe Plus spricht.

(Martin Güll (SPD): Das ist keine Lösung auf Dauer!)

Ich lasse die Debatte noch einmal Revue passieren: Ich bin mir nicht ganz sicher, was die Opposition eigentlich will. Will sie die Mittelstufe Plus, oder will sie die Rückkehr zum alten G 9? – Diese Frage kann ich nicht beantworten. Wir lehnen in jedem Fall die Dringlichkeitsanträge der Opposition ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt habe ich drei Zwischenbemerkungen. Zunächst Herr Kollege Gehring, bitte.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Dr. Wachler, Sie haben jetzt einiges über die Opposition gesagt und sich gefragt, ob die Op-

position nachdenke oder nicht. An diesen Dringlichkeitsanträgen sehen Sie, dass die Opposition tatsächlich an diesem Thema arbeitet, dass sie nachdenkt, und dass sie um Lösungen ringt. Ich habe vorhin ein bisschen infrage gestellt, ob in der CSU-Fraktion nachgedacht wird. Meine Fragen haben sich nach Ihrem Wortbeitrag verstärkt; denn Sie lassen uns zumindest an Ihren Gedanken nicht teilhaben.

Ich stimme Ihnen zu, dass wir noch kein abschließendes Urteil über die Mittelstufe Plus fällen können. Es gibt jedoch bereits Zwischenergebnisse und Eindrücke. Die Zustimmung liegt bei 70 %. Wir haben ein entsprechendes Wahlverhalten. Außerdem liegen uns zu diesem Thema glasklare Aussagen der Schulleiterinnen und Schulleiter vor.

Heute habe ich in einer "dpa"-Meldung gelesen, dass die CSU-Fraktion, der Ministerpräsident und der Kultusminister erwägen, die Testphase früher zu beenden und bezüglich der Mittelstufe Plus früher eine Entscheidung zu fällen. Deshalb würde mich interessieren: Denken Sie tatsächlich nach? Und wie beurteilen Sie die Mittelstufe Plus angesichts des jetzigen Zwischenstandes? Sie könnten ja einmal ein vorsichtiges Urteil fällen. – Und wo soll die Reise hingehen?

Eine CSU, die nicht nachdenkt und nicht über ihre Gedanken spricht, ist meines Erachtens nicht regierungsfähig und auch nicht handlungsfähig, wenn es darum geht, das Gymnasium auf einen neuen Weg zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Güll, ich antworte sehr gerne auf Ihre Frage.

(Zurufe: Gehring!)

– Entschuldigung, Herr Kollege Gehring. Das war im Eifer des Gefechts. Ich bitte um Nachsicht, Herr Kollege Güll. – Herr Kollege Gehring, Sie wissen, seitdem Sie mich kennen, dass ich noch nie ein Gesprächsangebot ausgeschlagen habe. Wenn Sie fra-

gen wollen, ob wir in der CSU darüber nachdenken, dann finden Sie zumindest bei mir jederzeit und immer eine offene Tür.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Darf ich nachfragen?)

– Ja, Sie dürfen nachfragen. Sie haben gefragt, wie die Einschätzung zur Mittelstufe Plus ist. Ich habe sehr viele Versuchsschulen besucht, und ich habe auch Gymnasien besucht, die nicht an dem Versuch teilnehmen, weil sie das aus verschiedenen Gründen nicht wollten. Die Sichtweise ist sehr vielfältig und sehr differenziert. Man kann eben nicht alles über den gleichen Kamm scheren und sagen, dass dieses Angebot überall flächendeckend der große Renner wird. Teilweise wird der Zuspruch zur Einführung groß sein, während er in verschiedenen Gegenden Bayerns eher verhalten bis gar nicht vorhanden sein wird. Das ist meine kurze und kompakte Einschätzung. Ich stehe Ihnen gerne auch für mehrere Stunden für Gespräche zur Verfügung. Wir haben demnächst Gelegenheit.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt Frau Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Professor Dr. Waschler, wenn ich Sie, erstens, richtig verstanden habe, dann nehmen Sie die Evaluation anscheinend so ernst, dass in Bezug auf die Zeitschiene davon ausgegangen werden kann, dass der zweijährige Modellversuch hinterher gründlich ausgewertet wird, was geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Dann entwickeln Sie ein Modell für ein G 8, ein G 9 oder die Wahlfreiheit.

Wenn ich Sie, zweitens, richtig verstanden habe, sehen Sie die Tatsache, dass großteils an den Modellschulen die Mittelstufe Plus gewählt wird, nicht als praktische Evaluation vonseiten der Eltern an. Die Wahl wird also in der Form, wie sie ausfällt, von Ihnen nicht als Evaluation der Betroffenen gewertet.

Wenn ich Sie, drittens, richtig verstanden habe, dann gehen Sie davon aus, dass in manchen Gegenden das Angebot nicht so angenommen wird. Sie reden dabei wahr-

scheinlich von einer Großstadt wie München, wobei ich mir dabei die Frage stelle, wie Sie zu diesen Erkenntnissen kommen, da das Angebot speziell im großstädtischen Raum gar nicht besteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Gottstein, in Bezug auf den letzten Punkt sind Sie im Irrtum. Es hat ein Angebot gegeben und die Möglichkeit bestanden, am Modellversuch teilzunehmen. Es gab aber schlicht und ergreifend in vielen Gegen- den Bayerns keine Meldung, und es bestand kein Interesse.

Zum Zweiten: Sie haben mich so interpretiert, wie Sie mich interpretieren wollen. Ich biete Ihnen herzlich gerne an, dass wir uns über das große Feld der wissenschaftlichen Evaluation unterhalten. Das ist sehr schwierig. Von der breiten Möglichkeit her ist es ebenso differenziert zu sehen wie die Frage, wie man eine Mittelstufe Plus, soweit sie eingeführt wird, organisiert. Hier ins Detail zu schauen ist sicher sehr hilfreich.

Auf einen Nenner gebracht: Sie wollten darauf hinaus, ob der Modellversuch zwei Jahre laufen und dann eine Entscheidung erfolgen soll. Wir müssen mindestens einen kompletten Durchlauf über ein Schuljahr haben, um die Dinge in Bezug auf das zweite Schuljahr präziser sehen zu können. Zum jetzigen Zeitpunkt kann man nur sagen: Jetzt eine Entscheidung zu treffen, wäre viel zu verfrüht. Über anderes können wir gerne außerhalb des Plenarsaals reden.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Bevor ich in der Tagesordnung weitergehe, darf ich bekannt geben, dass die SPD-Fraktion für ihren Antrag auch eine namentliche Abstimmung beantragt hat.

Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Spaenle für die Staatsregierung um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich habe selten über ein ernstes Thema so viel heiße Luft gehört wie in den letzten eineinhalb Stunden. Das muss man einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Landtagsfraktion und die Staatsregierung haben nach der letzten Landtagswahl einen Dialogprozess über die Entwicklung des bayerischen Gymnasiums ins Werk gesetzt, zu dem alle – nicht nur die Mitglieder der gymnasialen Schulfamilie, sondern auch gesellschaftliche Gruppen und wissenschaftliche Experten – eingeladen und um ihre Meinung gebeten worden sind. Wir haben nach dieser Dialogphase deutlich gemacht, dass wir aus der pädagogischen Erkenntnis heraus für die Schulart, die mit 40 % des Jahrgangs den größten Teil der Schüler an weiterführenden Schulen aufnimmt, eine pädagogische Weiterentwicklung für notwendig halten. Zwischendurch gab es einen Rohrkrepierer, nämlich ein Volksbegehr.

Wir haben diesen Dialogprozess fortgesetzt und daraus einen Fahrplan entwickelt, den wir konsequent umsetzen. Wir gehen diesen Weg entsprechend dem entwickelten Fahrplan ganz konsequent.

(Beifall bei der CSU)

Insofern kann man die heutigen Anträge fürs Schaufenster verwenden. –

Wir haben alle bayerischen Gymnasien eingeladen, sich in dieser Pilotphase mit zu engagieren. Wir haben 47 Schulen ausgewählt, die Bayern repräsentieren, nämlich große und kleine Schulen, städtisches Gebiet und ländliche Räume, um eine möglichst repräsentative Erfahrungsgrundlage zu haben, um aus diesen Erfahrungen Konsequenzen ziehen zu können und um das bayerische Gymnasium, das in seiner Grundkonzeption und im Stoffumfang auf acht Jahre angelegt ist für denjenigen Schüler und Schülerinnen, die mehr Lernzeit brauchen. Das ist der pädagogische Ansatzpunkt.

Wir befinden uns jetzt im Zeitpunkt eines, wenn Sie so wollen, dreiviertelten ersten Schuljahres. Am 2. Mai wird die Phase des Antragsverfahrens für das zweite Jahr der Pilotphase zu Ende gehen. Wir haben eine erste Auswertung vorliegen und werden diesen Weg konsequent weitergehen. Es ist weder eine Neuigkeit noch bemerkenswert, wenn sowohl der Ministerpräsident als auch ich heute deutlich machen, dass es die politische Festlegung der CSU-Landtagsfraktion ist, die Pilotphase auf zwei Schuljahre anzulegen, die entsprechende Situation zu bewerten und Schlüsse zu ziehen, um daraus Entscheidungen abzuleiten, die im Schuljahr 2017/2018, wenn man sich für eine weitere Entwicklung entscheidet, umzusetzen sind. Es ist klar, dass Entscheidungshorizonte notwendig sind, wenn man zum Schuljahr 2017/2018 bestimmte Dinge landesweit in Kraft setzen will. Das ist die Tatsache, und damit gehen wir entsprechend um. Alles andere ist heiße Luft.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Wenn wieder eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, darf ich sagen, dass die Aussprache geschlossen ist, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – das ist der Antrag auf Drucksache 17/11037 – abstimmen. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, Ihre Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 15.58 bis 16.03 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich darf Sie bitten, die Stimmkarten für die nächste namentliche Abstimmung bereitzuhalten. Ich lasse jetzt über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/11040 namentlich abstimmen. Ich eröffne die Abstimmung. Drei Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 16.04 bis 16.07 Uhr)

Die Zeit ist um. Drei Minuten sind vorbei. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten bitte ich draußen auszuzählen. Wir geben das Ergebnis nachher bekannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann erst dann in der Sitzung fortfahren bzw. die nächste Abstimmung erfolgen lassen, wenn Sie alle Ihre Plätze wieder eingenommen haben. Wir haben noch über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzustimmen.

(Unruhe)

Also, ich pflege hier immer zu sagen: Ich habe Zeit.

(Zuruf von der CSU: Wir auch! – Hans Herold (CSU): Heute Abend kommt Fußball!)

– Open End, Herr Kollege! – Jetzt darf ich über den Antrag vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/11042 abstimmen lassen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ai-wanger, Streibl, Felbinger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/18 umsetzen", Drucksache 17/11037 haben mit Ja 15 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 83, Stimmenthaltungen 51. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "G9 jetzt!", Drucksache 17/11040 haben mit Ja 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 100, Stimmenthaltungen 14. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.04.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Verlässlichkeit in der Bildungspolitik: Neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium ab dem Schuljahr 2017/18 umsetzen (Drucksache 17/11037)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Gehring Thomas			X
Aigner Ilse				Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max			X
Arnold Horst			X	Glauber Thorsten	X		
Aures Inge			X	Dr. Goppel Thomas			X
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin			X
Bauer Volker		X		Güller Harald			X
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra			X
Prof. Dr. Bausback Winfried				Haderthauer Christine			X
Bause Margarete			X	Häusler Johann			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim			X
Biedefeld Susann			X	Hartmann Ludwig			
Blume Markus				Heckner Ingrid			X
Bocklet Reinhold				Heike Jürgen W.			X
Brannekämper Robert		X		Herold Hans			X
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian			X
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim			
von Brunn Florian			X	Dr. Herz Leopold			X
Brunner Helmut		X		Hiersemann Alexandra			X
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes			X
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael			X
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus			X
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard			X
Dr. Dürr Sepp				Huber Erwin			X
Eck Gerhard				Dr. Huber Marcel			
Dr. Eiling-Hüting Ute		X		Dr. Huber Martin			X
Eisenreich Georg		X		Huber Thomas			X
Fackler Wolfgang		X		Dr. Hünnerkopf Otto			X
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Huml Melanie			X
Fehlner Martina			X	Imhof Hermann			X
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver			X
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			X
Dr. Förster Linus			X	Kaniber Michaela			X
Freller Karl		X		Karl Annette			X
Füracker Albert				Kirchner Sandro			X
Ganserer Markus			X	Knoblauch Günther			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	König Alexander			X
				Kohnen Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			X
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga			X
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald			X
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			X
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			X
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig			X
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia			X
Stöttner Klaus			X
Straub Karl			X
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen			X
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter			X
Tomaschko Peter			X
Trautner Carolina			X
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. Wenger Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			X
Wild Margit			X
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno		X	
	Gesamtsumme	15	83
			51

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.04.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u. a. und Fraktion SPD; G9 jetzt! (Drucksache 17/11040)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max			X
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas			X
Göte Ulrike			X
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra			X
Haderthauer Christine			X
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid			X
Heike Jürgen W.			X
Herold Hans			X
Dr. Herrmann Florian			X
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes			X
Hofmann Michael			X
Holetschek Klaus			X
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin			X
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			X
Huber Thomas			X
Dr. Hünnerkopf Otto			X
Huml Melanie			X
Imhof Hermann			X
Jörg Oliver			X
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela			X
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			X
Knoblauch Günther			X
König Alexander			X
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald			X
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			X
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			X
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			X
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia			X
Stöttner Klaus			X
Straub Karl			X
Streible Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			X
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			X
Tomaschko Peter			X
Trautner Carolina			X
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			X
Wild Margit			X
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno			X

Gesamtsumme 35 100 14